

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1912)
Heft: 15-16

Artikel: Die wirtschaftliche Bedeutung der Friedensbewegung [Schluss]
Autor: Maier, Gustav
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802766>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Friede

Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung

Offizielles Vereinsorgan des Schweizerischen Friedensvereins

Abonnementspreis per Jahr: In der Schweiz Fr. 2.—; per Halbjahr Fr. 1.— (für Mitglieder und Nichtmitglieder); im Weltpostverein portofrei Fr. 3.60 per Jahr.
 Inserate per einspalt. 4,5 cm breite Petitzeile 15 Cts., für Jahresaufträge nach Uebereinkunft. — Das Blatt erscheint am 20. jeden Monats in einer Doppelnnummer von 6—8 Seiten.
 Redaktion: Für das Zentralkomitee des Schweizerischen Friedensvereins, R. Geering-Christ, „Im Wiesengrund“, Bottmingermühle bei Basel.
 Einsendungen sind an letztere Adresse zu richten.

Annoncen nehmen die Haller'sche Buchdruckerei A.-G. in Bern, deren Vertreter, sowie sämtliche Annoncenbureaux entgegen.

Inhalt: Motto. — Die wirtschaftliche Bedeutung der Friedensbewegung (Schluss). — Der tripolitanische Raubzug Italiens. — Pazifistische Rundschau. — Verband für internationale Verständigung. — Literatur.

Motto.

Ich wollte, der europäische Friede läge allein in meiner Hand.
 Ich würde jedenfalls dafür sorgen, dass er nimmer gestört würde.
Kaiser Wilhelm II., in Düsseldorf (4. Mai 1891).

Die wirtschaftliche Bedeutung der Friedensbewegung.

Vortrag von *Gustav Maier* bei der Delegiertenversammlung des Schweiz. Friedensvereins am 5. Mai 1912, im Kantonsratsaal in Zürich.

Dem Andenken *Frédéric Passy's* gewidmet.

(Schluss.)

Wenn diese ständige Verschiebung in der Höhe und Verwendung der Staatsausgaben als ein schleichendes Uebel zu bezeichnen ist, das unsere ganze Kultur bedroht und in ihrer Entwicklung lähmt, so wäre ein moderner grosser Krieg als eine schwere akute Krankheit anzusehen, geeignet, die Grundbedingungen dieser Kultur zu untergraben und sie auf lange Zeit hinaus zu hemmen. Diese Krankheitsgefahr war immer vorhanden, aber sie war in früheren Zeiten weit mehr lokaler Natur. Es wurden nur einzelne Länder betroffen und durch Verwüstung in ihrer Entwicklung zurückgeworfen, wie sich dies am deutlichsten im Verfall des Deutschen Reiches, seiner Bevölkerung und seines Wohlstandes infolge des 30jährigen Krieges erwiesen hat, in einem Verfall, dessen Wirkungen noch nach zwei Jahrhunderten fühlbar gewesen sind. Heutzutage würde eine solche Krisis kaum mehr so lange Zeit erfordern, aber sie würde um so furchtbarer sein. Denn durch den modernen Verkehr, die Ausbildung des Welthandels und die Mobilisation des Kapitals und Kredits stehen alle Völker der Erde in einem so engen Zusammenhang, dass die Schädigung und Zerstörung einer einzigen grossen nationalen Wirtschaft gleichzeitig die gesamte Weltwirtschaft bedroht. Besonders das Kreditwesen ist durchaus international geworden. Die grossen Handelsvölker sind gegenseitig ihre besten Kunden und ihre grössten Gläubiger. Zumal infolge der Schutz-zollpolitik sind überall grosse Summen ausländischer Kapitalien gegenseitig in industriellen Unternehmungen angelegt. Die grossen Banken stehen durch gemeinsame internationale Geschäfte in der allerengsten gegenseitigen Verbindung. Dieses System der Weltwirtschaft, dessen wichtigste Voraussetzung ein allgemein friedlicher Zustand ist, hat die Probe eines grossen Krieges noch nicht bestanden. Darum sind

dessen Folgen heute noch ganz unberechenbar, aber sie würden zweifellos für alle Kulturländer von der allerernstesten Bedeutung sein, ganz unabhängig von den eigentlichen kriegerischen Erfolgen. Die Ausgaben für einen grossen Zukunftskrieg entziehen sich ebenfalls einer zuverlässigen Schätzung. Oberst a. D. Dr. Ritter v. Renauld in München hat berechnet, dass der Krieg von 1870/71 auf deutscher Seite 1745 Millionen Mark gekostet hat, bei einer Kriegsdauer von 245 Tagen etwas über 7 Millionen Mark täglich. Da die durchschnittliche Stärke der mobilen und im-mobilen deutschen Truppen ca. 1¼ Millionen Mann betrug, so stellten sich die täglichen Kosten auf 6 Mark für den Mann. Ein zukünftiger Krieg würde mit einem Heer von 2½ bis 3 Millionen Menschen auf jeder Seite zu rechnen haben, so dass bei den gestiegenen Preisen der tägliche Aufwand sich mindestens auf 15 bis 20 Millionen Mark belaufen würde. Bei einer Kriegsdauer von einem Jahre (welche die Fachleute heute wohl für möglich und wahrscheinlich halten) würde dies eine Ausgabe von 6 bis 7 Milliarden Mark für jede der kriegführenden Parteien ergeben. In welcher Weise diese enormen Summen überhaupt aufgebracht werden könnten, dafür fehlt jede Voraussetzung. Von fachmännischer deutscher Seite ist vorgeschlagen worden, dass eventuell durch eine Vermehrung des Goldvorrates der Reichsbank (mit Hilfe des Spandauer Kriegsschatzes von 120 Millionen und neu auszugebender 300 Millionen Mark Reichskassenscheine) die Reichsbank in den Stand gesetzt werden könnte, auf Grund der gesetzlichen Grenze der Dritteldeckung 4 bis 5 Milliarden Mark in Banknoten auszugeben. Es ist dabei nur übersehen oder verschwiegen worden, dass eine so enorme Banknoten-Zirkulation ohne Erklärung des Zwangskurses an und für sich ausgeschlossen sein würde. Denn bei der bestehenden Verpflichtung der Reichsbank, ihre Noten jederzeit in Gold einzulösen, bei dem durch einen Krieg hervorgerufenen staatlichen und privaten Bedürfnis nach barem Gelde und dem in solchen Zeiten immer etwas abgeschwächten Vertrauen würde sehr bald der Reichsbank so viel Gold entzogen sein, dass die Massregel des Zwangskurses, d. h. die Aufhebung der Banknoteneinlösung in Gold, unvermeidlich wäre. Dies würde aber eine schwere und dauernde Schädigung der gesamten nationalen Wirtschaft bedeuten. Der Staat kann zwar gesetzlich bestimmen, dass die Banknoten zum vollen Nennwerte im Verkehr angenommen werden müssen, aber er kann nicht verhindern, dass alle Warenpreise im Verhältnis steigen, und dass damit tatsächlich eine allgemeine Entwertung

des Geldes eintritt. Die deutsche Valuta, die sich bei der Sicherheit der deutschen Goldwährung und dank den Bemühungen der deutschen Banken und Kaufleute in den letzten Jahrzehnten eine hohe Geltung im Weltverkehr errungen hat, würde diese ihre Stellung auf lange hinaus wieder verlieren und voraussichtlich zur Beute einer wilden Kursspekulation werden, wie dies bei den Valuten von Ländern mit ungeordneter Währung die Regel ist. Diese Wirkungen würden sehr lange über die Dauer des Krieges hinausgehen. Die Bank von England, die sich im Jahre 1797 gezwungen sah, ihre Goldzahlungen einzustellen, brauchte volle 25 Jahre, um sie wieder aufnehmen zu können. Heute würde sich die Ausgleichung unter günstigen Umständen wohl rascher vollziehen, dagegen würden die Schädigungen in der Gegenwart um so verheerender sein. — Ich habe hier die deutschen Verhältnisse als Beispiel angeführt, weil mir diese am besten vertraut sind. Die verheerenden Wirkungen eines Krieges auf Staatsfinanzen und Währung würden jedoch — rascher oder langsamer, stärker oder schwächer — für jeden anderen Grossstaat eintreten, ganz abgesehen davon, dass die Entwertung einer einzelnen grossen Währung allen anderen Handelsvölkern schwere Verluste bringen würde. Wohl 20 Jahre waren nötig, um die durch den Bürgerkrieg zerrüttete Währung in den Vereinigten Staaten wiederherzustellen; Machtstellung und Kredit Russlands sind durch die Nachwirkungen des japanischen Krieges auf lange hinaus gelähmt. Bei der Hinausdrängung Oesterreichs aus Deutschland war dessen Papierwirtschaft und Verschuldung ein sehr wertvoller Bundesgenosse für die preussische Politik.

Demgegenüber sind in der Gegenwart die durch einen grossen Krieg zu erreichenden Vorteile ganz erheblich vermindert und beinahe verschwunden. Die Eroberung und Besitzergreifung neuer Gebiete brachte in früheren Zeiten einen, wenn auch sehr vorübergehenden wirtschaftlichen Vorteil durch die Auflegung von Tributen und durch die Aussaugung der unterworfenen Bevölkerung. Dieses System hat durch die Erfahrungen vollständig Schiffbruch gelitten; dessen Zeugnis ist die rasch wieder untergegangene Weltmacht der Spanier und Portugiesen. Das moderne System, welches wir dem Vorbilde von England verdanken, beruht auf der wirtschaftlichen Erhaltung und Hebung der gewonnenen Gebiete, die zur Selbstverwaltung und bis nahe an die Grenze der politischen Selbständigkeit führt. Dabei aber sind natürlich die Steuern der neugewonnenen Bevölkerung notwendig für ihre eigene Verwaltung; in vielen Fällen reichen sie dafür nicht einmal aus, zumal nicht, wenn man mit der Widerspenstigkeit unterworfenen Völker zu rechnen hat. Die finanziellen Resultate jeder modernen Kolonialpolitik sind dafür ein genügender Beweis. Es ist ein Irrtum, wenn als Beweis des Gegenteils immer wieder England angeführt wird. Grossbritannien verdankt seine ganz einzig dastehende Kolonialmacht dem alten Besitz Indiens, der Besitzergreifung holländischer und französischer Kolonien in Kriegszeiten, der Kolonisation von Austral-Asien und der geschickt errungenen und gesicherten Herrschaft über das Mittelmeer. Eine grosse Erfahrung und Befähigung in der Kolonialpolitik hat dazu geführt, dass in hundert Jahren die meisten dieser Kolonien so stockenglisch geworden sind, dass heute jede Eroberung durch einen fremden Staat diesem absolut nutzlos wäre. Sie würde weder finanziell noch politisch eine Stärkung bringen, vielmehr das genaue Gegenteil. Denn sie könnte englische Sprache und Sitte nicht verdrängen, ebensowenig den englischen

Handel; die beste Verwaltung und die geschickteste Zollpolitik würden daran nichts ändern. — In diesem Sinne ist es sicher das beste Geschäft für Deutschland gewesen, dass es kein Stück Marokko erhalten hat: die Opfer eines einzigen Jahres an Gut und Blut wären in 50 oder 100 Jahren durch den Handel nicht hereingekommen; jetzt trägt Frankreich diese Opfer, während die anderen Handelsvölker den Profit mit ihm teilen.* Das tripolitanische Abenteuer wird ohne Zweifel die Stellung Italiens in Europa auf lange hinaus schädigen, ohne irgend ein greifbares Äquivalent an politischer Macht oder wirtschaftlichem Einkommen. — An Eroberung und Ländergier sind alle bisherigen Weltreiche zugrunde gegangen, weil sie durch die Vernachlässigung ihrer inneren Aufgaben zu „Kolossen auf tönernen Füßen“ werden mussten.

In der jüngsten Zeit spielt in der hohen Politik das Verhältnis zwischen Deutschland und England eine entscheidende Rolle. Heisssporne und Zeitungshetzer hüben und drüben spielen mit dem Gedanken einer gegenseitigen Vernichtung des Handels durch einen grossen Krieg, ein Wahnsinnsgedanke, der weder diesseits noch jenseits des Kanals von ernsten Leuten oder gar von leitenden Staatsmännern gehegt wird. Denn eine solche Absicht ist an sich unsinnig, weil die wirtschaftliche Stellung eines Volkes nur zu einem geringeren Teil auf seiner politischen Macht und Bedeutung beruht, weit mehr auf seiner eigenen inneren Kraft und Tüchtigkeit. Um den Handel eines grossen Volkes zu vernichten, müsste man dieses Volk selbst von der Erde vertilgen (wie es in früheren Zeiten wohl manchmal der Fall gewesen ist). Dies ist aber in der Gegenwart an und für sich eine Unmöglichkeit. Und zudem würde man zugleich mit dem fremden Handel einen grossen Teil der eigenen Handelstätigkeit vernichten.

Die Kriegskontribution, sei sie so hoch wie sie wolle, gehe sie noch so weit über die eigenen Auslagen hinaus, kann niemals ein Ersatz sein, weil sie das Wirtschaftsleben des empfangenden Volkes erfahrungsgemäss mehr schädigt als dasjenige des zahlenden Landes. So hat selbst Fürst Bismarck im Jahre 1879 im deutschen Reichstage anerkannt, dass Frankreich sich viel rascher von den Folgen des Krieges wirtschaftlich erholt hat als Deutschland. Dies ist nicht allein auf den grösseren nationalen Reichtum Frankreichs zurückzuführen, sondern im gewissen Umfange geradezu auf die Kriegskontribution. Von wissenschaftlicher Seite wird sogar, wohl nicht mit Unrecht, behauptet, dass die deutsche Schutzzollbewegung vom Jahre 1878 in ihren Grundursachen zurückzuführen ist auf das damalige Einstürzen fremder Waren nach Deutschland infolge der 5 Milliarden. Grosse Geldübertragungen können ja am letzten Ende nur mit Hilfe von Wareneinfuhr durchgeführt werden.**

* Der Wert des ganzen Handels zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen betrug 1911 etwa 200 Millionen Franken, und diese Summe deckte nicht die Jahreskosten für die militärischen und Marine-Ausgaben, die der Besitz dieser Inseln erforderte.

** Gegenüber der oft aufgestellten Behauptung, dass die militärischen Ausgaben gleichsam eine Versicherungsprämie für den Frieden bedeuten, sei hier die interessante Ausführung des Amerikaners Charles F. Dole in seiner Broschüre über die Monroe-Doctrin erwähnt: „Wir können entschieden behaupten, dass wir, ohne ein Schiff oder eine Festung, sicherer sind vor jedem Angriffe von seiten Deutschlands als mit der allergrössten Flotte. Denn im ersteren Falle sind wir sicher, unnütze Streitigkeiten zu vermeiden, und man würde beiderseits nur allzu geneigt sein, jede Streitfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, während im letzteren Falle, wenn wir sozusagen mit geladenen Gewehren einander gegenüberstehen, irgend eine unbedeutende Explosion oder eine unbedachte Laune die zwei Nationen in den Kampf stürzen könnten“.

Gegenüber der Meinung, dass die Handelsentwicklung der Völker mit ihrer militärischen Macht oder selbst mit ihrer Seemacht in einem unmittelbaren Verhältnis stehe, spricht die nachfolgende Tabelle, welche der verdienstlichen Arbeit von Dr. R. Kobatsch in seiner Broschüre „Die Bilanz der Rüstungen“ entnommen ist. Auf den Kopf der einheimischen Bevölkerung berechnet, betrug der gesamte auswärtige Handel von

Holland	1625 Mark
Belgien	1073 „
Neuseeland	676 „
Schweiz	625 „
England	542 „
Frankreich	280 „
Deutschland	245 „
Italien	120 „

Wenngleich selbstredend sehr verschiedenartige Verhältnisse in Betracht kommen, so beweist doch im grossen ganzen diese Gegenüberstellung, dass auch Völker mit verschwindender militärischer Macht einen sehr grossen Anteil am Welthandel in Anspruch nehmen, wie es ja bezüglich der kleineren Staaten, vornehmlich der Schweiz, zur Genüge bekannt ist.

Dabei ist es noch ganz unsicher, ob angesichts der jetzigen technischen Entwicklung zukünftig Kriege mit den bisherigen Mitteln überhaupt möglich und erfolgreich sein werden. Wenn wir erst die Hunderte von Millionen, die wir gegenwärtig auf die Marine verwenden, für Luftflotten ausgeben werden, wenn Elektrizität und Dynamit im grossen Massstabe zur Zerstörung von Strassen, Brücken, Eisenbahnen, Städten und Festungen angewendet werden, wenn durch Minen und Unterseeboote unsere Panzerschiffe jeden Augenblick dem Zufall der Zerstörung preisgegeben sind, dann werden selbst die gegenwärtigen gewaltigen Kriegsmittel unzulänglich, die grossen Armeen hilflos sein. Denn hoch über ihnen werden sich dann wohl die Kräfte ungehindert bewegen, welche die Zerstörung in Feindesland tragen können, ohne dass die Möglichkeit einer wirksamen Abwehr besteht, ohne dass selbst grosse Siege zu Wasser und zu Lande einen bestimmenden Einfluss auf die Entscheidung ausüben.

Die Wissenschaft ist heute nicht mehr im Zweifel darüber, dass es zu allen Zeiten die wirtschaftlichen Momente gewesen sind, durch welche die grossen politischen und kulturellen Bewegungen bedingt waren. Die griechische Bildung wurde durch kolonisationsische Handelsunternehmungen bis zu den Säulen des Herkules getragen. Aufstieg wie Verfall des römischen Weltreiches gingen im wesentlichen aus wirtschaftlichen Ursachen hervor. Die gewaltigen Verschiebungen der Völkerwanderung wurden durch wirtschaftliche Notwendigkeit erzeugt; die Kreuzzüge, durch religiöse Strömungen hervorgerufen, dienten in ihrem weiteren Verfolge vorzugsweise kommerziellen Interessen. Die französische Revolution von 1789 ging hervor aus der ungeheuren Verschwendung Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. und aus der ungerechten Verteilung der Steuern und Lasten. Die frühzeitige staatliche Einigung von England und Frankreich ist hauptsächlich durch wirtschaftliche Momente erzwungen worden. Dies erkennen wir am besten aus der uns zeitlich näher liegenden Einigung des deutschen Volkes. Nicht aus der Begeisterung der Revolution von 1848 und nicht aus den idealistischen Bestrebungen des deutschen Parlaments, sondern aus dem nüchternen deutschen Zollverein geht in organischer Entwicklung das Deutsche Reich hervor; auf dem Wege durch das Zolldepartement entsteht der deutsche Reichstag. Durch den nationalen Zusammenschluss

sind heutzutage im Innern der Staaten die Kriege verschwunden. Noch vor 80 Jahren stand wegen der Erbauung eines Rheinhafens in Bieberich ein Krieg zwischen Hessen und Nassau sehr nahe bevor; noch im Jahre 1866 standen sich Nord- und Süddeutschland feindlich gegenüber. Im Jahre 1847 noch befahdeten sich im Sonderbundskrieg die Kantone der Schweiz, und der grosse amerikanische Bürgerkrieg liegt kaum 50 Jahre hinter uns. Derartige Möglichkeiten halten wir heute für vollständig ausgeschlossen; dagegen ist uns das Nationalitätsprinzip noch beinahe identisch mit nationaler Feindschaft. Eine fernere Entwicklung wird auch hier den Beweis liefern, dass die Verständigung und der Zusammenschluss förderlicher sind als die Feindseligkeit, und sicherlich werden schon unsere Enkel nicht mehr begreifen können, dass zu unserer Zeit im Innern des kultivierten Europa überhaupt noch Krieg und Kriegsgefahr möglich gewesen sind. — Die Erweiterung und Sicherung der internationalen Friedensgebiete, wie wir sie in den jüngsten Jahrhunderten bei den europäischen Kulturstaaten so scharf verfolgen können, muss sich notwendigerweise für den Erdteil Europa fortsetzen, wenn nicht unsere Kultur in den zweiten Rang herabgedrückt werden soll, was gleichzeitig eine Schädigung unserer wirtschaftlichen Stellung zur Folge haben müsste. Durch das unter der Führung von Russland vordringende Slaventum von der einen, den Amerikanismus von der anderen Seite ist sie so sehr bedroht, dass nur eine gewisse Einigkeit der Gefahr begegnen kann. Auch in Ostasien kann Europa seine politische und wirtschaftliche Stellung nur dann behaupten, wenn es in gemeinsamen Interessen mehr und mehr solidarisch wird und auftritt. Jede Schwächung einer europäischen Macht vermindert die Stellung unseres Erdteiles im grossen Kulturprozesse; so würden z. B. durch eine Niederwerfung der englischen Seemacht die Handelsinteressen aller europäischen Nationen in Ostasien aufs empfindlichste geschädigt werden.

Auch die Entwicklung der menschlichen Kultur vollzieht sich langsam und organisch nach bestimmten Gesetzen, die wir nur wegen der Vielseitigkeit der Erscheinungen nicht oder erst spät und nachträglich zu erkennen vermögen. Darum muss jede, wenn auch noch so wohlgemeinte Ueberstürzung des Fortschrittes nur immer und immer wieder zu Rückschlägen führen. Der stürmische Antimilitarismus ist daher ebenso unwirksam und ebenso utopisch als die vorausseilenden Bestrebungen wohlmeinender Friedensfreunde, das glücklich errungene Haager Schiedsgericht im Handumdrehen zu einem obligatorischen Gerichtshof umzuwandeln. Denn dieser obligatorische Gerichtshof würde in einem wirklichen Ernstfalle genau so Schiffbruch leiden, als es in früheren Jahrhunderten religiöser Begeisterung unmöglich gewesen ist, die Religionskriege mit einem kaiserlichen Federstrich durch einen „Gottesfrieden“ aus der Welt zu schaffen.

Gegenüber den zwingenden, aus sich selbst wirkenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten bleibt jedoch immerhin der Friedensbewegung noch eine sehr bedeutsame Aufgabe. Denn jede wirtschaftliche Bewegung kann durch geistige Beherrschung, durch die Macht der Idee zu allen Zeiten gefördert oder gehemmt werden. Die Sklaverei war im 19. Jahrhundert sicherlich eine kulturell überlebte Erscheinung; aber sie hätte noch lange fortbestehen können, wenn nicht eine Schar begeisterter Männer und Frauen durch eine grossartige und wirksame Propaganda zur rechten Zeit ihre Abschaffung betrieben hätte. (Zwar war zur endgültigen Durchsetzung noch ein grosser Krieg nötig; aber Leopold v. Bloch hat berechnet,

dass es viel billiger gewesen wäre, wenn man jeden Negerkopf mit 1000 Dollar abgelöst hätte.)

In Deutschland gilt das Duell beinahe noch als eine „Einrichtung der göttlichen Weltordnung“ und wird wohl noch lange nicht verschwinden; in England ist es bereits vor mehr als 50 Jahren durch das Eintreten eines deutschen Fürsten, des Prinz-Gemahl Albert, des Grossvaters des jetzigen deutschen Kaisers, abgeschafft worden. Die Möglichkeit war dadurch begründet, dass zu jener Zeit schon im Handelsstaate England die öffentliche Meinung nach dieser Richtung klarer und freier war, als sie es im Militärstaate Deutschland heute noch ist und sein kann.

Aufgabe der Friedensbewegung ist also die ständige Bearbeitung der öffentlichen Meinung, ganz besonders der Erziehung, für den Friedensgedanken. Die Fürsten, die Regierungen, die Völker stehen immer noch im Banne der historisch entwickelten, aus dem Altertum übernommenen Verherrlichung des Krieges und damit verwirrter Ehrbegriffe. Diese Verwirrung ist noch das Kennzeichen unserer gesamten Geistesrichtung, die auch durch die Kunst gefördert wird; mit allen ihren Mitteln — in Dichtung, Malerei, Skulptur und Musik — verherrlichte bisher die Kunst durch die Jahrtausende den Krieg.

Durch unsere ganze Erziehung, besonders durch die Behandlung der Geschichte in den Schulen, wird die Ueberschätzung des Krieges gefördert, wird die Bildung höherer Ehrbegriffe verhindert. Es handelt sich darum, dem Kriegsgedanken seine blutige Glorie zu entziehen und die Umwandlung der Ideen zu einer höheren Bewertung des Friedensgedankens zu fördern. Diese durchgreifende Wandlung der Idee wird die Voraussetzung sein für die volle und rasche Wirkung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten.* Dafür stehen starke und wichtige Bundesgenossen zur Verfügung: in erster Reihe die internationale Arbeiterbewegung, die stets im Interesse des arbeitenden Volkes den Friedensgedanken in den Vordergrund ihrer Programme gestellt hat, sodann auch das mobile Kapital, welches (mit Ausnahme von solchen Unternehmungen, die eigentlichen Kriegszwecken dienen, wozu leider in allen Ländern auch gewisse Zeitungen gehören) um der Selbsterhaltung willen keineswegs kriegsfreundlich ist und sein kann, endlich auch im weiten Umfange die Staatsregierungen. Sie müssen mehr und mehr zuerst erkennen, welche wirtschaftliche Notlage der Militarismus schafft, und welche unabsehbaren Gefahren kriegerische Ereignisse herbeiführen können, und sie sind darum vielfach heute schon einsichtiger als die oft leidenschaftlich erregten Völker. So ist z. B. die weise Mässigung der deutschen Regierung anlässlich des Marokko-Konfliktes jedenfalls sehr stark durch wirtschaftliche und finanzielle Rücksichten beeinflusst worden. Eine ganz neue und eigenartige Erscheinung auf diesem Gebiete ist die Tatsache, dass Italien in seinem gegenwärtigen Kriege mit der Türkei trotz seiner militärischen Ueberlegenheit nicht imstande ist, besonders seine maritimen Machtmittel im vollen Umfange zur Wirkung zu bringen, weil die wirtschaftlichen Rücksichten es verbieten, weil daher die andern Grossmächte in dieser Beziehung einen friedlichen Druck auszuüben genötigt sind, und weil endlich Italien Rücksicht nehmen

muss auf seine zahlreichen in der Türkei ansässigen Bürger. — In früheren Zeiten hätte leicht der italienisch-türkische Konflikt zu einem europäischen Kriege geführt.

Wenngleich auch der Schweiz durch die ganze Entwicklung empfindliche Lasten aufgebürdet werden, so ist sie doch von den geschilderten Gefahren nur in zweiter Linie bedroht. Gerade darum aber ist die Schweiz das geeignete Feld, um die Propaganda für die Friedensbewegung zu fördern; denn hier stehen wir nicht der Gefahr gegenüber, bei dieser Propaganda für unpatriotisch oder vaterlandsfeindlich erklärt zu werden, wie dies durch die bestehenden Ideenströmungen bei den zunächst in Frage kommenden Völkern der Fall ist.

Noch ein Wort über die wirtschaftliche Bedeutung der Friedensbewegung im engeren Sinne: diese ist in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich gewachsen. Wer hätte vor einem Menschenalter geglaubt, dass heute, von der Uebereinstimmung aller Völker getragen, ein stattlicher Friedenspalast im Haag als Sitz eines, wenn auch vorerst noch fakultativen Schiedsgerichtes erstanden sein würde? Wer hätte es für möglich gehalten, dass der Friedensbewegung eine grossartige Aufmunterung und Unterstützung zuteil werden würde, wie sie durch den Nobelpreis ihr gewährt worden ist, und dass diese Bewegung heute durch die Carnegie-Stiftung über die jährlichen Zinsen eines Kapitals von 50 Millionen Franken verfügt? Es ist oft ausgesprochen worden, dass das Geld der Nerv des Krieges ist, und wir dürfen es als einen grossen Fortschritt dankbar begrüßen, dass auch die Friedensbewegung, der Krieg gegen den Krieg, nunmehr dieses materiellen Nervs nicht mehr entbehrt.

Geistige Bewegungen sind fruchtlos, wenn sie im Gegensatz zu der natürlichen Entwicklung stehen; stehen sie damit — und besonders mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten — im Einklang, so sind sie unüberwindlich. — Freunde wie Gegner der Bewegung täuschen sich im Tempo. Die Freunde möchten ihre Wünsche so gerne noch bei eigenen Lebzeiten erfüllt sehen, während doch im Leben der Menschheit Generationen weniger sind als ein Jahr im Einzelleben. Die Gegner weisen mit scheinbarem Rechte auf die gegenwärtigen rückläufigen Zustände hin; sie vergessen, dass die Aufwärtsbewegung sich nur in grossen Kurven vollzieht, und dass daher ein Rückfall nichts beweist. Wer in der Geschichte lernen will, dem stehen die Beispiele für beide Erscheinungen reichlich zur Verfügung: Die Sklaverei war mit dem Untergange der Alten Welt und dem Siege des Christentums abgetan; trotzdem kehrt diese Form noch über tausend Jahre später, bei der Besiedlung Amerikas, im grossartigsten Umfange wieder und ist dauernd für den westlichen Kulturkreis erst vor 50 Jahren beseitigt worden. — Dagegen ist uns Amerika darin vorbildlich, dass wohl auf seinem nördlichen Kontinent — nach Lösung der mexikanischen Frage — auf absehbare Zeit ein Krieg kaum mehr denkbar ist. Das ist der Vorzug des Mangels an Tradition. In Europa dagegen sind die Zustände durch die geschichtliche Entwicklung der Jahrhunderte bedingt; das ist der Nachteil einer alten Kultur. Die allgemeine Wehrpflicht z. B., ein Kulturfortschritt ersten Ranges gegenüber der traurigen früheren Söldnerwirtschaft, ist ganz sicher eine höhere Bürgschaft friedlicher Zustände, weil dabei die ganze Nation mitzustreiten und mitzuleiden hat; sie muss daher in ihrer logischen Entwicklung zum Milizsystem führen.

Nichtsdestoweniger hat vorerst die allgemeine Wehrpflicht in ihrem Ursprungslande zu einer so gewaltigen, berufsmässigen militärischen Entfaltung und Herrschaft

* Freilich genügt es nicht, wenn dieser friedliche Geist nur an der Spitze in den internationalen Beziehungen herrschen wird; er muss von unten herauf organisch zum Eigentum der Völker werden, ganz besonders auch in der sozialen Frage, in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit. Hier muss die Solidarität der Interessen gegenüber den nach beiden Seiten hin verderblichen Kämpfen in den Vordergrund treten, wie dies in Nordamerika bereits in viel höherem Sinne der Fall ist als bei uns.

geführt, wie sie kaum je in der Geschichte verzeichnet ist. — Die Ausbildung der Weltwirtschaft und die dadurch vermittelte Berührung verschiedener Kulturkreise schafft neue Probleme und Rückschläge. So hatte z. B. China die kriegerische und militärische Periode längst überwunden und war in einen dauerhaften friedlichen Zustand eingetreten; jetzt wird es leider durch die Berührung mit dem Westen, durch den Eintritt in dessen technische und industrielle Entwicklung, durch die Folgen des Weltverkehrs und des Welthandels wieder in die kriegerische Ära zurückgeworfen. Und vielleicht sind Jahrhunderte notwendig, um diesen Rückschritt wieder auszugleichen.

So viel lässt sich aber mit Sicherheit sagen: Wenn Weltverkehr und Weltwirtschaft keine vorübergehenden Phasen, sondern dauernde Errungenschaften menschlicher Kultur sind, dann ist der Männer mordende und Güter vernichtende Krieg eine überlebte Einrichtung, deren Beseitigung nur eine Frage der Zeit ist. Ringen und Kämpfen und Wettstreit sind freilich Lebensbedingungen für die Schulung und Erhebung des einzelnen Menschen wie der Völker; aber dafür stehen noch andere Felder zu Gebote als die blutigen Schlachtfelder. Die disziplinierte Heranbildung grosser Menschenmassen zu einheitlichen Zielen ist eine grosse und wichtige Erziehungsaufgabe in körperlicher und geistiger Beziehung; aber in einer wohl nicht allzu fernen Zukunft wird sie mehr und mehr wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht werden, wird sie der gemeinsamen Wohlfahrt gewidmet sein und nicht der gegenseitigen Vernichtung. Wäre dem nicht so, so wäre unsere Leben verlängernde und Leben fördernde Wissenschaft, wäre unsere Völker verbindende Weltwirtschaft ein Widersinn, unser Streben nach religiöser Vertiefung eitel Heuchelei. Die Friedensbewegung soll diese Erkenntnis fördern; denn wenn die Menschheit einmal erreicht hat, an ein Ideal zu glauben, so ist sie trotz aller Hindernisse und Rückschläge bereits auf dem sicheren Wege zu dessen Erfüllung. Halten wir also, angesichts der erkannten Tatsachen, auch in der Friedensfrage an dem Worte des Galilei fest: „Eppur si muove!“ (Und sie bewegt sich doch!), wie nicht minder an der Zuversicht des Dichters auf das „Edle, Hilfreiche und Gute“ im Menschen, das ihn befähigt, die grossen gemeinsamen Aufgaben sozialer Wohlfahrt zu lösen und zu erfüllen!

Der tripolitanische Raubzug Italiens.

Von Carl Ludwig Siemering.

Ein guter Kenner der italienischen Volksseele hat einmal gesagt: „Der Deutsche verachtet den Betrüger, der Italiener den Betrogenen.“ Dieser bittere Satz wird wieder einmal bestätigt, wenn man das naiv-militärische Geschreibsel liest, durch welches der Mailänder Rechtsanwalt Dante Diotallevi, „Mitglied des Direktionskomitees der internationalen Friedensgesellschaft (!) Unione Lombarda“, den Raubzug der italienischen Regierung vor den deutschen Dreihundgenossen zu rechtfertigen sucht. Seine Logik läuft darauf hinaus: Weil durch mehrere Verträge Tripolis von den Grossmächten als in der Interessensphäre Italiens liegend anerkannt wurde, war die italienische Regierung berechtigt — mit Gewalt gegen die Türkei vorzugehen. Weil also, sagt der friedliebende Herr Rechtsanwalt, mein Mandant X von seinem Gegner Y 100 Lire zu fordern hat (bezw. zu haben glaubt), darf X sich nächtlicherweile mit einem Schiessprügel hinter einen Baum

stellen, um den Y niederzuschlagen und ihm das Geld aus dem Beutel zu nehmen! Ganz naiv gesteht Diotallevi:

„Man kann sagen, dass seit 1882 die Auslands-politik Italiens kein anderes Ziel gehabt hat, als sich zu vergewissern, dass keine andere Nation sich offen oder heimlich in den türkischen Kolonien Nordafrikas festsetze, um so günstige Bedingungen für eine italienische Besetzung vorzubereiten.“

An sich wäre ja nun diese schriftstellerische Leistung eines unbedeutenden Autors herzlich gleichgültig, wenn sie nicht, wie es gleich zu Anfang heisst, „auf den Rat und unter ganzer Billigung des Herrn E. T. Moneta, Präsident der internationalen Friedensgesellschaft in Mailand“, verfasst worden wäre. Wir waren gewohnt, den alten Garibaldianer Moneta, der 1907 durch Verleihung des Nobel-Friedenspreises geehrt wurde, seit Jahrzehnten als den Unseren zu betrachten und mussten nunmehr, als der tripolitanische Beutezug inszeniert wurde, zu unserem tiefsten Schmerze, der sich bald mit flammender Ent-rüstung paarte, sehen, wie der greise Moneta sich nicht etwa nur neutral verhielt, sondern wie er in einem Telegramm an den Minister des Aeussern diesem für die „glänzende diplomatische Vorbereitung“ seiner kriegerischen Aktion wärmste Anerkennung zollte. Damit hatte Moneta — ganz im Gegensatz zu den englischen Pazifisten bei Ausbruch des Burenkrieges — den denkbar schärfsten, dauernd unsühnbaren Hochverrat an der Friedenssache begangen; seine ganze grosse Autorität hatte er vorbehaltlos ins Lager der Militaristen übergeführt, und er brachte das Mass zum Ueberlaufen, als er in den folgenden Monaten seine Friedenszeitschrift in ein wahres Kriegsarsenal umwandelte. Nach alledem kommt die „Reue“ Monetas, von der die „Friedens-Warte“ neulich zu berichten wusste, falls sie echt ist, um reichlich ein halbes Jahr zu spät; ein Mann von dem Patriarchenalter Monetas musste von vornherein wissen, was er tat, und seine hohen Verdienste um die Friedens-sache aus früherer Zeit verwandeln sich durch seinen treulosen Verrat, durch den sie der Gegenseite zu-nutze kommen, natürlich in ebensovielen schweren Vorwürfe. Mit dem lebenden Moneta werden sich ehrliche Pazifisten niemals mehr aussöhnen können, von den kleineren Geistern, wie Gubernatis u. a., ganz abgesehen.

Bereits am 27. Oktober v. J. schrieb Baron von Binder-Kriegelstein in den „Leipz. N. N.“, einem bekanntlich sehr „nationalen“ Blatte, über „die uferlose Grossmachtpolitik der Italiener“ wie folgt: „Italien geht in Tripolis einem langwierigen, kostspieligen und blutigen Kolonialkrieg entgegen... Wie aber die Rückschläge auf das steuerzahlende Volk sein werden, wenn der Krieg so langwierig und kostspielig wird, wie er es nach allem werden muss, darüber werden wir in wenigen Monaten eine andere Sprache reden hören.“ — Genau so ist es denn auch gekommen; die nationalistische Hochflut im Volke ist sichtlich im Abflauen begriffen, die Kosten wachsen ins Ungeheure, die Deserteure, die in allen möglichen Ländern auftauchen, werden immer zahlreicher, und der hysterische Patriotismus der offiziellen Presse Italiens nimmt immer mehr zu. Mittlere Erfolge, die entweder nur eine Abwehr türkischer Angriffe waren oder durch schwerwiegende Siege auf türkischer Seite wettgemacht wurden, müssen bereits zu grossen Staatsaktionen aufgebauscht werden, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Im März d. J. las man in Pariser Blättern, der Geist der italienischen Truppen in Tripolis solle infolge der wochenlangen Untätigkeit ausserordentlich leiden. Es hiess dann